

Nur eine Indianerin... Gewalt gegen indigene Frauen in Kanada

582 Fälle von vermissten und ermordeten indigenen Frauen dokumentierte die *Native Women's Association of Canada* in ihrem Bericht „Sisters in Spirit“ (2004) sowie in der Untersuchung „Voices of Our Sisters In Spirit: A Report to Families and Communities“ (2009). Die beiden Berichte erfassen die Vorfälle in Kanada im Zeitraum der letzten drei Jahrzehnte. Die bestürzenden Ergebnisse werden auch in der umfassenden Studie „Stolen Sisters: A Human Rights Response to Discrimination and Violence Against Indigenous Women“ dargelegt, die *Amnesty Canada* im Oktober 2004 vorgelegt. Die Organisationen rechnen allerdings mit einer noch wesentlich höheren Dunkelziffer, denn viele Frauen werden – aus unterschiedlichen Gründen – nicht einmal als vermisst gemeldet. Immer wieder kommt es auch vor, dass Vermisstenmeldungen gar nicht aufgenommen werden, weil die zuständigen Stellen den Familien erklären, die Gesuchten würden sich wohl in irgendwelchen Kneipen oder auf irgendwelchen Partys herumtreiben und schon wieder auftauchen. Die Opfer werden häufig als Drogenabhängige oder Prostituierte diskriminiert, deren Suche gar nicht „lohne“.

Trotz wiederholter Appelle bleibt die Polizei häufig untätig, die Politik fühlt sich im Regelfall nicht zuständig und die Öffentlichkeit nimmt kaum Notiz von einer Katastrophe, die sich in der Mitte der Gesellschaft abspielt. Die Vermisstenzahlen und Morde verdeutlichen die bestürzenden Umstände, unter denen die Ureinwohner Kanadas noch heute am Beginn des 21. Jahrhunderts leiden müssen. Besonders betroffen sind hiervon die Indianerinnen, denn sie sehen sich doppelter Diskriminierung ausgesetzt: als Frauen und als Indigene.

„Helen Betty Osborne wäre vielleicht noch am Leben, wenn sie keine Indianerin gewesen wäre“, erklärte der Richter im Verfahren gegen ihre vier Vergewaltiger und Mörder, „doch ihre Peiniger glaubten, dass junge Indianerinnen nur Objekte seien, zu nichts anderem Nutze als dem reinen Lustgewinn.“ Das Schicksal Helen Betty Osbornes steht beispielhaft für viele der ermordeten Indianerinnen. 1971 wurde die 19-jährige Cree auf ihrem Heimweg in der Provinz Manitoba von vier weißen Männern ins Auto gezerrt, vergewaltigt, brutal misshandelt und ermordet. Mit 50 Einstichen im Leib und grässlich entstelltem Gesicht ließen die Täter Helens Leiche an einem Seeufer zurück. Polizei und Justiz verschleppten die Ermittlungen, so dass es erst 16 Jahre später zu einem Prozess kam, bei dem nur einer der vier Männer verurteilt und zehn Jahre später auf Bewährung entlassen wurde. So bestürzend das Schicksal von Helen Betty Osborne ist, zeigt sich dahinter ein System von Diskriminierung, das eine erschreckende Allianz zwischen Sexismus und Rassismus eingeht. Wäre Helen keine Cree gewesen, hätten die Behörden ihre Nachforschungen intensiver betrieben.

Die Gewalt gegen die indianischen Frauen in Kanada resultiert aus einer systematischen Zerstörung der indigenen Kulturen, welche Indianern fundamentale Bürger- und Menschenrechte verweigert. Die Indianergesetzgebung Kanadas maßt sich nicht allein an, zu bestimmen, wer als Indianer zu gelten habe, sondern schuf eine konsequente Unterdrückung der indianischen Frauen, die bis ins 20. Jahrhundert ihren Status als Indianerin verloren, sofern sie einen Weißen heirateten. Die von der Regierung geschaffenen Strukturen stehen in einem krassen Gegensatz zu der traditionell starken Rolle der Frau in den indigenen Gesellschaften.

Die kanadische Regierungskommission *Royal Commission on Aboriginal Peoples* bestätigte bereits 1996 die Vorwürfe zahlreicher Organisationen, die seit langem auf die allgemeine Diskriminierungen gegen Indianer und insbesondere Indianerinnen hingewiesen hatten, doch bislang hat keine Regierung ernsthafte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation unternommen.

Proteste gegen die Gewalt an indigenen Frauen und die Gleichgültigkeit der Behörden erhoben nicht nur indianische Organisationen und die Betroffenen, sondern auch Menschenrechts- und Frauenorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene. Die Annahme der UN-Konvention zur Abschaffung aller Formen der Diskriminierung gegen Frauen (1979), die bis heute 187 Staaten unterzeichnet haben, wurde als Meilenstein gefeiert, doch Kanada, das sich sonst auf der internationalen Bühne als Vorreiter der Menschenrechte gebärdet, hat diese einzige Konvention zum Schutz der Frauen nur unter Einschränkungen ratifiziert (die USA, wo die Indianerinnen ebenfalls der Gewalt ausgesetzt sind, haben übrigens die Konvention bis heute nicht ratifiziert). Die 2007 von der UN-Vollversammlung verabschiedete Deklaration der Rechte der Indigenen Völker (UNDRIP) fordert explizit den Schutz indigener Frauen. Kanada konnte sich erst Ende 2010 zur Annahme der UNDRIP durchringen. Mehrfach wurde Kanada von UN-Gremien wegen der Politik gegenüber den Indigenen scharf gerügt, u.a. durch CERD, CEDAW oder den Menschenrechtsrat.

Im August 2013 reiste eine Delegation der *Inter-American Commission on Human Rights* nach British Columbia, wo sich die Fälle der Gewalt an indigenen Frauen besonders häufen, um sich einen Eindruck von der Situation vor Ort zu machen. Hintergrund der Reise waren auch die Umstände und Ergebnisse der *British Columbia Missing Women Commission of Inquiry*, welche im Dezember 2012 ihren Abschlussbericht vorgelegt hatte. Aufgabe dieser bislang einzigen Untersuchungskommission im Kontext der Gewalt an indigenen Frauen war allerdings nicht die Untersuchung der Situation selbst, sondern nur der Versäumnisse von Polizei und Justiz im Fall des Serienkillers Robert Pickton. Die Betroffenen und die indigenen Organisationen wurden weder in die Untersuchungen und noch den abschließenden Bericht einbezogen.

Aufgrund eindeutiger Hinweise wurde Pickton 1998 erstmals verhaftet, aber schnell wieder auf freien Fuß gesetzt. Danach wurden Beweise verschlampt und Untersuchungen verschleppt. Pickton mordete weiter und „rühmte“ sich bei seiner erneuten Verhaftung 2002, seit 1983 insgesamt 49 Frauen ermordet und teilweise zerstückelt auf seiner Farm vergraben zu haben – darunter meist indigene Frauen. 2007 wurde er jedoch nur für 6 Morde verurteilt, das Verfahren für weitere 20 Morde wurde auf Anweisung des Justizministeriums gestoppt und die restlichen Fälle wurden gar nicht erst verhandelt. Für die Familien der Opfer bedeutete dies nicht nur weiteren Schmerz, sondern auch eine Missachtung und Entwürdigung der Opfer. Der Justizminister der Provinz hingegen erklärte, Zivilklagen der Opferfamilien gegen den Serienmörder Pickton seien kontraproduktiv und würden die Arbeit der Kommission bzw. die Umsetzung des Berichts behindern. Die Untersuchungskommission von British Columbia wurde im August 2013 wieder aufgelöst. Weitere Nachforschungen finden von Regierungsseite nicht statt und die Webseite der Kommission wird nicht mehr aktualisiert. Damit ist offensichtlich das Thema für die politisch und juristisch Verantwortlichen wieder erledigt – für die Betroffenen ein unglaublicher Affront.

Die *Inter-American Commission on Human Rights* jedenfalls zeigte sich ebenfalls tief besorgt über die Situation und kündigte einen eigenen Bericht an. Bereits 2011 hatten die Vereinten Nationen eine Untersuchungskommission angekündigt, die jedoch bislang noch nicht eingerichtet wurde. Nun soll Ende 2013 eine Delegation des *Human Rights Committee* nach Kanada reisen und die Untersuchungskommission auf den Weg bringen. Unterdessen setzt sich auch der UN-Sonderberichterstatter über die Rechte der Indigenen Völker bei seiner Reise durch Kanada im Oktober 2013 mit der Situation auseinander und wird dem Menschenrechtsrat einen Bericht und damit verbundene Empfehlungen vorlegen.

Einen weiteren erschreckenden Aspekt deckte die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* in ihrem Bericht „Those Who Take Us Away: Abusive Policing and Failures in Protection of Indigenous Women and Girls in Northern British Columbia, Canada.“ Vom Februar 2013 auf. Darin legt die Organisation dar, dass in vielen Fällen ausgerechnet jene, welche die Indigenen schützen sollen, Teil des Problems sind: die *Royal Canadian Mounted Police (RCMP)*. Der Bericht belegt zahlreiche Fälle von wiederholter Gewalt der Bundespolizei gegen indigene Frauen, darunter auch Vergewaltigungen. Die RCMP war während des Jahrhunderts der Residential Schools, also jener Internatsschulen, in denen Indianerkinder in das weiße System zwangsassimiliert werden sollten, dafür zuständig, die Kinder in den Reservaten abzuholen und ihren Familien zu entreißen – gegen den Willen der Indigenen und oft unter Gewaltabwendung. Damit schließt sich ein verhängnisvoller Kreislauf, denn die Indigenen haben auch im Fall von vermissten Mädchen und Frauen kein Vertrauen in die Unterstützung jener Autoritäten, von deren Seite sie so lange nur Leid erfahren haben.

Doch inzwischen wachsen die Appelle und Proteste. Jedes Jahr gedenken Indigene, Familien und Menschenrechtsorganisationen der verschwundenen oder ermordeten Mädchen und Frauen mit einem Marsch durch Vancouver am Valentinstag. Die *Native Women's Association of Canada* hat zudem den 4. Oktober zum nationalen Gedenktag erklärt, an dem Demonstrationen, Mahnwachen und Veranstaltungen im ganzen Land stattfinden, um auf die Situation aufmerksam zu machen und die Regierung an ihre Verantwortung zu gemahnen. International wird die Kampagne mit dem **UN-Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November** ergänzt. An diesem Tag beginnt auch jeweils die 1991 ins Leben gerufene Kampagne „**16 Tage gegen Gewalt an Frauen**“, die bis zum 10. Dezember, dem internationalen Menschenrechtstag dauert.

Infos: Aktionsgruppe Indianer & Menschenrechte e.V.
Frohschammerstr. 14, 80807 München, Tel. 089-35651836
Email: post@aktionsgruppe.de, www.aktionsgruppe.de

Werden auch Sie aktiv!
Unterstützen Sie die Kampagne zum Schutz der indigenen Frauen!

Per Post:

Botschaft von Kanada
Botschafterin Marie Gervais-Vidricaire
Leipziger Platz 17
10117 Berlin

Per E-Mail:

Botschaft von Kanada
Botschaftsrätin Deborah Paul
Abteilung Politische Zusammenarbeit
E-Mail: brlin-gr@international.gc.ca

582 Indianerinnen sind in den letzten drei Jahrzehnten in Kanada verschwunden oder ermordet worden, wie u.a. die Berichte von *Amnesty Canada* und der *Native Women's Association of Canada* belegen. Die indigenen Völker Kanadas werden bis heute ihrer Rechte beraubt und diskriminiert, vor allem die Frauen sind besonders Rassismus und Gewalt ausgesetzt. Die Verantwortlichen in Politik, Justiz und Polizei haben das tragische Schicksal dieser Frauen und ihrer Familien zu lange ignoriert.

Wir fordern die kanadische Regierung auf, endlich Maßnahmen zum Schutz der indigenen Frauen zu ergreifen:

- Die Regierung muss eine nationale Untersuchungskommission einsetzen, um die Situation zu untersuchen und zu dokumentieren.
- Die Regierung von Kanada muss umgehend einen umfassenden und koordinierten Aktionsplan umsetzen, um die Gewalt gegen die Frauen zu stoppen.
- Ein Aktionsplan muss Maßnahmen einschließen, um die sozialen und ökonomischen Faktoren zu ändern, die zu dieser Gewalt und der Schutzlosigkeit der Frauen beitragen.
- Die involvierten Behörden und Exekutivkräfte müssen dringend für die spezifische Situation der Indigenen, insbesondere der Frauen, sensibilisiert und eigens geschult werden.
- Dringend benötigt werden schnelle Einsatzkräfte, Beratungsstellen und Einrichtungen, in denen die Indianerinnen Zuflucht finden können. Dies kann nur verwirklicht werden, wenn sich die Lebensbedingungen der indigenen Völker grundlegend verbessern, die noch heute von Armut und Bevormundung geprägt sind.
- Wir verlangen zudem ausreichende finanzielle Mittel zur Aufarbeitung der bestürzenden Entwicklung sowie die Einrichtung eines nationalen Registers zur Dokumentation der Fälle und effektive Strafverfolgung der Täter.

Unterzeichner: _____

Adresse: _____

Datum/Unterschrift: _____